

# Woher wir kommen und wohin wir gehen

## Zur Debatte über Demokratischen Sozialismus heute

### Aktualität: Die Fortsetzung des Kapitalismus ist keine Alternative

Die Aktualität des Demokratischen Sozialismus ergibt sich aus der Tatsache einer alle Lebensbereiche erfassenden und das gesamte Leben gefährdenden Krise des globalen Kapitalismus. Im Ungleichheitsbericht der NGO Oxfam wird belegt: *„Von unserem Wirtschaftssystem profitieren diejenigen, die ohnehin oben auf der Vermögens- und Einkommensleiter stehen. Vor allem große Vermögen entwickeln eine eigene Dynamik, die es den Reichsten dieser Welt erlaubt, ihrem Kontostand beim Wachsen zuzusehen. Das Vermögen der Milliardär\*innen hat in den letzten Jahren im Schnitt um 7,4 Prozent pro Jahr zugelegt. (...) Wenn die Wohlstandsgewinne zu so großen Teilen an die Spitze gehen, bleibt zwangsläufig weniger für alle anderen. Die Folge ist, dass wir das UN-Entwicklungsziel, extreme Armut bis zum Jahr 2030 zu überwinden (SDG 1), aller Voraussicht nach verfehlen werden.“* Ausgeführt wird, dass soziale Ungleichheit alle großen Krisen der globalen Welt bedingt oder ihre Lösung behindert: Vom Gender-Pay-Gap bis zur Klimakrise, vom Pflegenotstand bis zu Kriegen.

Die SPD hat sich in Programmatik und Praxis an dieses System angeglichen. Sie hält seit dem Hamburger Programm (2007) nicht die konzentrierte Kapitalmacht einer globalen Oligarchie für ein zu lösendes Problem, sondern *„den Markt (für) ein notwendiges und allen anderen wirtschaftlichen Koordinierungsformen überlegenes Mittel“*<sup>iii</sup>. Obgleich „der Markt“ reguliert werden soll und der „Demokratische Sozialismus“<sup>iiii</sup> als Vision skizziert wird, verzichtet die Partei auf jede Ausarbeitung der Grundzüge dieser sozialistischen Zielvorstellung und auf die Bestimmung von Nahzielen bzw. Transformationsschritten, die begründbar diesem Ziel näher führen. Damit ist die SPD Teil der allgemeinen Krise. Sie kann sich aber – wie alle anderen – nicht mehr leisten, um ein Heraustreten der Menschheit aus kapitalistischen Verhältnissen nicht zu kämpfen.

Das Lebensinteresse der allermeisten Menschen ist mit dem Interesse der kapitalistischen Oligarchie, profitabel Wertschöpfung durch das Kommando über die Arbeit (oder Nicht-Arbeit) von Milliarden Menschen zu realisieren, nicht versöhnbar. Dies gilt heute mehr als je zuvor. Das neoliberale Credo *„Es gibt keine Alternative!“* muss deshalb immer und überall in Frage gestellt werden.

### Die Achse der Auseinandersetzung: Freiheit, Gleichheit Solidarität

Der Demokratische Sozialismus als wissenschaftliche Weltanschauung und politische Praxis reflektiert das grundlegende Problem des Verhältnisses von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Er strebt die Verwirklichung aller drei Ziele in einer gleichberechtigten Einheit an. Hinter diesem emanzipatorischen Ideal dröhnt das gesamte Konfliktpotential der Arbeiter- und anderer progressiver Bewegungen:

Konkret geht es in den letzten 100 Jahren darum, ob und inwiefern die bürgerlichen Freiheitsrechte und die sozialen, ökonomischen und kulturellen Menschenrechte für alle Menschen gleichermaßen und unmittelbar durchgesetzt und von ihnen persönlich wahrgenommen werden können. Im Linzer Programm der sozialdemokratischen Partei Österreichs von 1926 findet sich – in der Sprache der Zeit – folgende heute noch relevante Skizzierung des Grundproblems: *„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie ausüben. Die demokratischen Bürgschaften geben die Gewähr dafür, daß die sozialdemokratische Regierung unter ständiger Kontrolle der unter der Führung der Arbeiterklasse vereinigten Volksmehrheit handelt und dieser Volksmehrheit verantwortlich bleiben wird. Die demokratischen Bürgschaften werden es ermöglichen, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung unter den günstigsten Bedingungen, unter ungehemmter, tätiger Teilnahme der Volksmasse zu vollziehen. – Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche*

*Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.*<sup>iv</sup> Diese Formulierungen im Sinne Otto Bauers (Stellvertretender Vorsitzender der österreichischen SDAP von 1918-1934) definieren das Anliegen, die kollektive Selbstbestimmung der Erwerbsabhängigen gegen die Herrschenden auf demokratischem Weg durchzusetzen und dabei Meinungs-, Presse-, Glaubens- und Organisationsfreiheit sowie alle anderen politischen und kulturellen Rechte lebendig zu machen – auf wesentlich sozial egalitärer Grundlage! Eine gewaltsame Unterdrückung dürfe nur einer gewaltsamen Reaktion gelten. Angesichts des seither massiv gewachsenen Gewaltpotentials der Herrschenden, das – zum Beispiel in Chile 1973 – gegen demokratisch-sozialistische Transformationen zum Einsatz gebracht wird, ist heute völlig klar, dass die Überwindung des Kapitalismus nur im Wege enorm ausgreifender Aufklärung, Bewusstseinsbildung, Solidarität – also für die Mehrheit, von der Mehrheit, durch die Mehrheit gelingen kann. Diese Bewegung für eine neue gesellschaftlichen Konsensbildung zur Selbstbefreiung der Menschen von der Herrschaft der Wenigen über die Vielen, ist die Lebensform des Demokratischen Sozialismus heute.

### **Die Befreiung der Menschheit von aller Mühsal**

Die historischen Inspirationen für den Demokratischen Sozialismus der sozialdemokratischen Linken sind vielfältig.<sup>v</sup> Als gemeinsamen Nenner lässt sich die von Karl Marx formulierte Ambition ausmachen, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.*“<sup>vi</sup> Dieser kategorische Imperativ ist ein einigendes Band zwischen Marxisten, progressiven Christen und anderen Humanisten verschiedener Anschauungen.

Demokratischen Sozialismus enthält die Einsicht: „*Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.*“<sup>vii</sup> Die Lehre, dass der Kapitalismus den Keim von Faschismus und Krieg in sich trägt und schon deshalb überwunden werden muss, ist heute elementar für den Demokratischen Sozialismus.

Die Überwindung des Kapitalismus allein garantiert keine dauerhafte Blüte der Menschheit, aber seine Fortsetzung garantiert ihren Untergang. Seit Jahrzehnten ist auch völlig klar, dass die Bekämpfung der furchtbaren Folgen aus 500 Jahren kolonialer und postkolonialer Ausbeutungsverhältnisse zwischen Nord und Süd sowie solidarisch gleichberechtigte internationale Austauschbeziehungen unhintergehbare Ziele demokratisch-sozialistischer Politik sind.<sup>viii</sup>

Demokratischer Sozialismus enthält – positiv weitend – eine kulturell emanzipatorische Perspektive: Die größtmögliche kollektive Selbstbestimmung der Menschen zu verwirklichen – also den Weg aus der „Vorgeschichte der Menschheit“<sup>ix</sup> heraus zu beschreiten und massenhaft-demokratisch die gemeinsamen Lebensverhältnisse in die Hand zu nehmen. Größtmögliche demokratische Beteiligung am öffentlichen und politischen Leben, am Wirtschaftsprozess, in der Arbeitswelt, in den Bildungsstätten und Kommunen, Bildung zur persönlichen Entfaltung in einem solidarischen Gemeinwesen, kulturelle Teilhabe und Schöpferkraft, wirkliche Gleichberechtigung aller Menschen usw. sollen ermöglicht sein. Der Mensch „gehört“ sich tendenziell wieder ganz und ist zugleich mit allen anderen so produktiv und erfreulich verbunden wie noch nie.

### **Zentrale Frage: Was ist das Verhältnis von Eigentum und Demokratie?**

„*Heute weiß man: Ist er ungebändigt, entlässt der Kapitalismus die Demokratie*“, schreibt Daniela Dahn.<sup>x</sup> Die wachsende soziale Ungleichheit und unermesslich gesteigerte Macht globaler Konzernoligarchien und ihrer Agenturen höhlen die parlamentarischen Demokratien aus. Nach der

Zerstörung der sozialistischen Ökonomie folgte die Zerstörung der sozialstaatlichen Regulierung des Kapitalismus. Umfangreiche staatliche Infrastruktur, die es auch in allen westlichen Demokratien seit 1945 gab, wurden dem Profitprinzip unterworfen – teils mit, teils ohne Privatisierungen. Für die Sicherung und erfreuliche Entwicklung der Lebensbedingungen aller bedarf es einer neuen ökonomischen Logik, die die Profitlogik ersetzt.

In diesem Zusammenhang verweist die ehemalige Aktivistin des Demokratischen Aufbruchs in der DDR und heutiges Mitglied des Willy-Brandt-Kreises darauf: *„Das Volkseigentum war das eigentliche, das verrückteste und revolutionärste Wagnis des Sozialismus – mit weitreichenden Folgen bis in die sozialen Beziehungen.“*

Tatsächlich unterschied sich das Volkseigentum der sozialistischen Staaten in einem wesentlichen Punkt von staatlichem, genossenschaftlichem, kommunitärem oder sonstigem öffentlichem Eigentum im Kapitalismus vom Grunde her: Es war – außer durch Verfassungsänderung – nicht privatisierbar! Es gehörte der gesamten Bevölkerung. Staatseigentum hingegen ist „Privateigentum des Staates“.

Damit ist die Frage, wie Eigentum in alltäglich demokratischer Verfügung für eine zivile, nützliche, ressourcen-schonende und bedürfnisbefriedigende Produktion organisiert und genutzt werden kann, noch nicht geklärt. Auch dies ist eine Aufgabe für Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten. Aber notwendig ist, zunächst zu erkennen, dass es Gemeineigentum im Sinne des Grundgesetzes<sup>xi</sup> in unserer Gesellschaft eigentlich gar nicht gibt.<sup>xii</sup> Das trifft einen Lebensnerv der Gesellschaft: Alle Menschen leben – bewusst oder unbewusst – in der dauerhaften Unsicherheit, ob wesentliche Bedingungen der Bedürfnisbefriedigung morgen noch gewährleistet sind oder nicht. Einfache (Rück-)Verstaatlichung wird dieses Problem nicht lösen.

Zu dem historischen Erfahrungstatbestand der Arbeiterbewegung gehört auch, dass weder genossenschaftliche noch andere Formen von gemeinschaftlichem und öffentlichem Eigentum vor den Fährnissen der kapitalistischen Konkurrenz um Profitmaximierung gefeit sind: Korruption, ökonomisches Scheitern, Verdrängung und Machtmissbrauch sind darin eingeschrieben. Welche zum Privateigentum alternierenden Formen des Gemeinschaftseigentums hingegen resistent sind und weiterführen, ist eine zentrale Frage des Demokratischen Sozialismus.

Klar ist jedenfalls: Solange privates Kommando über die Arbeit und Profitprinzip in den meisten Betrieben (von Versicherungen über Energiekonzerne bis ins Seniorenheim) wie heute dominieren, ist Demokratie lediglich die Abgabe der Stimme an den Türen der Parlamente. Dahinter verhallt sie, oft ohne Echo.

Traditionelle Konzepte der Wirtschaftsdemokratie, wie sie etwa in Folge der Revolution von 1918/19 in der Weimarer Republik entwickelt wurden, enthielten Entwürfe für ein gemeinsames Direktionsrecht der Belegschaften, des Staates und der Eigentümer. Über ein Recht auf Arbeit (Vollbeschäftigung!), über starke Gewerkschaften, linke Parteien und deren sozio-kulturelles Umfeld, durch tiefe gesetzliche Eingriffe in das Privateigentum der Herrschenden und einen enormen steuerfinanzierten Ausbau des öffentlichen Sektors sollte seither vielfach das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital zugunsten der Arbeit verschoben werden. Dazu gehören auch alle Überlegungen zur Konversion. Aus den Debatten und Erfahrungen der 1980er und 1990er Jahre zur Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion kann heute auch für die Umstellung von umweltschädlicher zu nachhaltiger Produktion gelernt werden<sup>xiii</sup>. Die Anregungen dafür, wie man die Werkstore für Demokratie weit aufstößt, sind in der Tradition des Demokratischen Sozialismus konstitutiv und dringend zu aktualisieren, weil sein Ziel die größtmögliche Selbstbestimmung der Erwerbsabhängigen in solidarischer Gemeinschaft ist.

Damit ist klar, dass Demokratischer Sozialismus nicht auf einen (immens ausgebauten) Versorgungsstaat zielt, in dem alle Leute sich ruhig und brav dem kapitalistischen Gang der Geschäfte fügen, weil sie Arbeit, Wohnung und was zu Essen haben. Es geht vielmehr darum, dass durch kollektives politisches Handeln – als Bewegung, Partei, durch öffentliche Institutionen und den Staat

– ökonomische Bedingungen für ein solidarisches Gemeinwesen zu schaffen, zu dessen Gelingen alle beitragen und in dem alle ihre Persönlichkeit entfalten.

### **Staat, demokratische Planung und Markt**

Demokratischer Sozialismus ist also keine sozial gemilderte Variante markthöriger Demokratie, sondern ihr Widerpart. Wer letztere für ewig hält, will ersten in Theorie und Praxis der Sozialdemokratie einmotten wie eine Traditionsfahne.<sup>xiv</sup>

Die Programm- und Strategiediskussion in der Sozialdemokratie war aber auch schon vor dem Exkurs in die neoliberale Pampa von dem Streit geprägt, wie das Verhältnis von Staat und Markt bestimmt sein möge. Während das geltende Hamburger Programm der SPD die Märkte verklärt, war zum Beispiel das Berliner Programm von anderer Qualität: *„In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen.“* Zugleich werde durch den Markt *„die unüberschaubare Vielfalt wirtschaftlicher Entscheidungen wirksam koordiniert“*. Der Markt hat demnach seine Legitimität nur als ein regulativer Rest, wenn die Bedürfnisbefriedigung gesichert ist. Eine entsprechende Politik der SPD würde enorm zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen.

Für demokratisch-sozialistische Politik ist wegen des notwendigen Vorrangs des Allgemeinwohls vor ökonomischen Einzelinteressen von einem demokratisch-sozialistische Standpunkt immer zu fragen: Inwiefern ist Marktgeschehen wirklich human?

Philosophisch und historisch lässt sich jedenfalls sagen, dass gerade die kooperative Planung zur Sicherung und Entwicklung der Lebensbedürfnisse und dafür unternommene kulturelle Anstrengungen das Mensch-Sein konstituieren – also rationale, soziale und kreative Aktivität. Irrationalität ist auf dem Wege der Menschwerdung hingegen immer ein Hindernis oder bestenfalls ein Substitut, wenn die Erkenntnisse nicht genügen. Die Märkte sind aber irrational. Sie bergen grundsätzlich die Gefahr, dass sich ökonomische Stärke gegen humane Bedürfnisse durchsetzt. Wenn der Wettbewerb so reguliert ist, dass nicht Profitmehrung, sondern Bedürfnisbefriedigung das Ziel aller Teilnehmer ist – warum nicht gleich alles demokratisch entscheiden, sondern weiter konkurrieren?

---

<sup>i</sup> <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/soziale-ungleichheit>

<sup>ii</sup> Hamburger Programm, Grundsatzprogramm der SPD 2007, S. 17.

<sup>iii</sup> a.a.O, S. 16: *„Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind. Sie verlangt eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können. Das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.“*

<sup>iv</sup> Helmut Feichter: *Das Linzer Programm (1926) der österreichischen Sozialdemokratie*. In: *Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1973/74*. Linz 1974, S. 233–339, [online](#) (PDF) im Forum OoeGeschichte.at.

<sup>v</sup> Einen erstaunlich gelungenen historischen Überblick bietet Wikipedia:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratischer\\_Sozialismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratischer_Sozialismus) (01/2020)

<sup>vi</sup> Karl Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, 1843–44, MEW Bd. 1 S. 385.

<sup>vii</sup> Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Berliner Programm) 1989, S. 7.

<sup>viii</sup> Hier ist anzuknüpfen an die Arbeiten von Olof Palme, Willy Brandt und anderen – zum Beispiel: Willy Brandt (Hrsg.): *Das Überleben sichern. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer*. Köln 1982.

---

<sup>ix</sup> Daniela Dahn: Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – Eine Abrechnung. Hamburg 2019, S. 259.

<sup>x</sup> a.a.O. 263

<sup>xi</sup> Grundgesetz Art. 15,1,1: „*Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.*“

<sup>xii</sup> Daniela Dahn hierzu: „*Die staatlichen und kommunalen Vertreter sind befugt, wie Privateigentümer den erklärten Willen von Mehrheiten zu missachten, stattdessen auf dubiose Wirtschaftsberater und Lobbyisten zu hören und die Güter der öffentlichen Daseinsfürsorge zu verscherbeln (...) Eigentum von Bund, Ländern und Kommunen gilt als Privateigentum und wird dementsprechend nach § 903 BGB behandelt.*

*Danach ist Eigentum das von einer natürlichen oder juristischen Person ausgeübte Herrschaftsrecht über die Sache. Da die Gemeinschaft aller Bürger im BGB als natürliche oder juristische Person unbekannt ist, kann, darf und soll sie kein Eigentümer sein. Das ist wohl der wichtigste Grundkonsens im Kapitalismus.*“ (a.a.O. S. 265)

<sup>xiii</sup> <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/bremer-ruestungskonversion-eine-kleine-regionale>

<sup>xiv</sup> Vgl.: „SPD streitet über Demokratischen Sozialismus“; in: der Spiegel 34/2003.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-streitet-ueber-demokratischen-sozialismus-linker-haken-a-262270.html>